

werden die Spaltenzahl oder deren Raum mit 30 Wp., solche aus Halle mit 20 Wp. berechnet, und in der Geschäftsstelle, von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Befragen die Seite 75 Wp. Erachtet wesentlich unmöglich; Sonntag und Montag einmal, sonst zweimal täglich.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Braunerstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Saale-Zeitung.

Einundvierzigster Jahrgang.

Bezugspreis
Er Halle vierteljährlich 2,50 M., bei postamtlicher Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., auswärts Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichs-Postämtern angenommen. An amtlichen Zeitungs-Bezugsstellen unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.
Für unterhalb eingehende Manuscripte wird keine Gewähr übernommen.
Abdruck nur mit Genehmigung: „Saale-Bl.“ gestattet.
Herausgeber der Redaktion Str. 11407: Geschäftsstelle Str. 176; Nebengeschäftsstelle Markt 24 Nr. 226a.

Nr. 130.

Halle a. d. Saale, Montag, den 18. März

1907.

Die Forderung des Tages.

Die „Forderung des Tages“ nannte mit einer Anspielung auf den Silberkrieg des Reichskanzlers der freimütige Abg. Fund den Antrag auf allgemeine Einführung der Fachschulaufsicht, der von den Freimütigen, den National-Liberalen und den Freikonserverativen im Abgeordnetenhaus zum Etat des Kultusministeriums gestellt worden ist. Denn diese Forderung ist die mit Notwendigkeit sich ergebende Konsequenz der gegenwärtigen politischen Lage. Gegen Schwarz und Hof sind die Reichstagsdebatten geführt und die bisherigen Mehrheitsparteien in die Minderheit gedrängt worden. Das Zentrum hat die ausschlaggebende Stellung verloren, die es seit mehr als einem Jahrzehnt in der Reichsgesetzgebung gehabt hat. Soll aber der Wahlerfolg dauernd gesichert werden, so muß dem Einfluß des Zentrums und der von ihm vertretenen reaktionären Politik auf allen Gebieten, insbesondere auf dem Gebiete der Schule, entgegengetrieben werden.

Die Hauptkräfte der herrschenden Machtstellung ist im Volksschulwesen die geistliche Schulaufsicht. Ihre Vertilgung von jeder der entscheidenden Liberalen verlangt, und der freimütige Redner hat mit Recht ausgesprochen, daß die Fachschulaufsicht eine Forderung der Kultur und des Fortschritts sei. Die Geistlichen hätten nicht die genügende Vorbildung zur Ausübung der Schulaufsicht und könnten sich auch nicht über das Unterrichtsweesen genügend orientieren. Bei der geistlichen Schulaufsicht werde es immer schwerer, aufrechte Lehrer zu finden, die den Mut der eigenen Meinung auch auf die Gefahr hin zeigen, daß sie noch oben anstehen. Der Religionsunterricht sei sehr reformbedürftig. Es müßte das Bestreben des Liberalismus sein, den Einfluß der herrschenden kirchlichen Richtung auf die Schule zu beschränken. Abg. Fund erinnerte die Konserverativen an die Mahnung des Reichskanzlers im Landwirtschafstakt, zur rechten Zeit Konversionen zu machen. Die Ausführungen des Redners fanden im Saale stürmischen Widerhall, aber sein Appell an die Konserverativen war vergeblich. Wie der konervative Redner Pastor Hedenroth darlegte, lebten auch jetzt die Konserverativen des Reichstages Abgeordnetenhaus die allgemeine Einführung der Fachschulaufsicht grundsätzlich ab. Diese Erklärung ließ erkennen, daß die preußischen Konserverativen auch jetzt noch mit dem Zentrum zusammengehen wollen und nicht bereit sind, der im Reiche geschaffenen politischen Lage Rechnung zu tragen.

Andererseits freikonserverativen. Ihr Führer Frhr. v. Jellich sprach sich für die Fachschulaufsicht aus und ging dann mit größter Schärfe gegen das Regime Studt vor. Er warf dem Minister Mangel an praktischer Erfahrung auf dem Gebiete des Unterrichtsweesens vor, verlangte die Zeilung des Kultusministeriums und die Berufung eines Fachmannes als Unterrichtsminister. Frhr. v. Jellich sprach außerordentlich scharf und leidenschaftlich; seine Rede fand auch bei der Linken stürmischen Beifall, während das Zentrum und die äußerste Rechte sich mit langanhaltenden Rufen beantworteten. Die Erwiderung des Kultusministers v. Studt, der große Erregung auch äußerlich befandete, war überaus schmählich. Er berief sich auf seine siebenjährige Amtstätigkeit, stellte sich selbst das Zeugnis aus, daß er mit übermenschlicher Kraft gearbeitet und mehr erreicht habe, als seine Vorgänger. Dies Selbstlob wirkte um so bemerklicher, als über die Leistungen des Regimes Studt im Lande kaum noch ein Zweifel besteht. Vom Zentrum erklärte Abg. Borck, daß seine Partei keine Regierung getrieben habe, als es sich um die Verabschiedung des Volkshandelsunterhaltungsgegesetzes und der Finanzreform gehandelt habe.

Schließlich wurde der Antrag vom Zentrum und den Konserverativen gegen die Stimmen der Freimütigen, der National-Liberalen und der Freikonserverativen abgelehnt. Der Vorstoß hat zunächst Erfolg nicht gehabt, aber er hat zur Klärung der Situation wesentlich beigetragen und aller Welt bekannt, daß die Mischmischung über das Regime Studt und seine reaktionäre zentrumsfreundliche Politik bis tief in die Reihen der Reichsparteien reicht.

Deutsches Reich.

Sol- und Personalangelegenheiten.

— Bringt Heinrich der Niederlande war am Sonnabend in Berlin zur Abendfeier beim Kaiserpaar geladen, an der auch das Kronprinzenpaar und Herzog Otto Friedrich von Mecklenburg teilnahmen.
— Die Krone des österreichischen Thronfolgers nach Venedig entbehrt, dem „Leipz. Post.“ zufolge, jeden politischen Charakter.
— Der König von Sachsen wollte gestern vormittag der Waise in der Kathedrale von Oporto bei; nachmittags erfolgte die Abreise nach Coimbra.
— Die Gerichte über eine Begegnung zwischen Blaw und Tittoni an der Riviera entbehren, wie die „Tribuna“ meldet, jeder Begründung.

Das Echo der Reichskanzlerrede.

Die „Kreuzzeitung“ sieht mit ihrer abfälligen Kritik an der Kaiserlichen Rede des Reichskanzlers unter ihren Vorlesungen „offen auf weiter Hin“ Selbst für die offenkundigen Konserverativen, die sonst bei allen Anlässen auf die Handfreiheit sich in der Vorderfront befinden, hat die Anknüpfung einer Revision des Börsengesetzes ihre Schreden verloren. Die „Dlvr. Btg.“ das offizielle Organ der konserverativen Provinzial-Organisation, spricht von einer „epochenmachenden Rede“ die lautet, daß der Fürst Bismarck, der „noch nie so weit gegangen“

iel, sich nun als ein Bazarier bekannte. Die Rede verdiente die freudige Zustimmung“ der Konserverativen. Wenn die Reform des Börsengesetzes den kleineren Banken einen stärkeren Halt gegen die Ausfallungsbestrebungen der größeren Banken geben sollte, so könnte das monche Vertreter landwirtschaftlicher Weidwirtschafsstreife zu einer nobilvolleren Bildung beitragen. Die „Kreuzzeitung“ hat sich also ganz unrichtig echniffert; die Mehrheit der konserverativen Partei und ihrer Oppositoren gegen die Vorlage scharflich Gefolgschaft leisten.

Fürst v. Bismarck unerwartete Bezugnahme auf die englische Verfassung in seiner letzten Rede erregte in London lebhaftes Versehen. „Standard“ sagt, es war eine geschickte und wohl angeordnete Rede, und sie beweist, daß, wenn der Reichskanzler seine Anklagen in einem demokratischen Etat zu durchsetzen geacht hätte, er durch die Genuß des Parlamentes seine getragene Errungen haben würde, als die er durch die Wahl seines Souverains erhalten habe.

Eine Rede Wasserhaus.

In Dresden haben gestern die diesjährige Hauptversammlung der nationalliberalen Partei im Königlich-Sächsischen Saal, in der Reichslandsabgeordneter Wasserhaus über die politische Lage sprach. An der Hauptversammlung schloß sich die Sitzung des Landes-Ausschusses der nationalliberalen Partei an.

Ueber die Rede Wasserhaus wird folgendes gemeldet: Reichstagsabgeordneter Wasserhaus, stürmlich begrüßt, entbot zunächst der Versammlung beruhigende Grundgedanken für den allfälligen Ausgang der Parteien im Reiche. Der Ausgang der Wahlen habe im allgemeinen ein günstiges Ergebnis erzielt, nicht einmal die Eingeweihten hätten derartige Erfolge vorausgesehen. Die Sozialdemokratie werde und könne sich aber nicht ändern: Die Weibel sei der größte Billiger, er könne keine neuen Parteistandpunkt niemals verlassen. Den Beweis gebe tagtäglich der „Vorwärts“, der immerfort die größten Schwärmungen treibe. Der Glaube an die Sozialdemokratie sei in den Wahlen erklärt, und wenn wir nun unsere nationale Pflicht tun und durch eine ehrliche rechtliche soziale Politik uns der heutigen Arbeiter verschließen und ihnen die Weisheit nicht schuldig bleiben, daß sie volle Gleichberechtigung mit anderen Staatsbürgern besitzen, dann wird am Ende die Sozialdemokratie einwillig überwinden sein. Einmütiger Beifall. Der andere Sprecher einer nationalpolitischen Politik, das Zentrum, habe auch am Glanz seiner Stellung eingelebt, obwohl es einige Genuß gewonnen. Zentrum sei heute nicht mehr Trumpf; das sei Herrn Wirths Erbeherg mit zu danken. (Große Beifall.) Daß der Reichskanzler, unbeeinträchtigt von den Parteien, es gewagt habe, den Reichstag in voriger Dezember aufzulösen, werde ihm immer als historische Tat angerechnet werden müssen. Der Zentrumsvorstoß sei nicht getünnt (Beifall: Feibel), deshalb müsse weiter gekämpft werden gegen das Zentrum. Das erste, was geschehen müsse, muß die Vertilgung der geistlichen Schulaufsicht sein (stürmischer Beifall), das sei ein Kulturkampf, aber nicht der alte. Er müsse friedlich durchgeführt werden. In wissenschaftlichen Fragen werden sich in Regierungskreis Meinungsverschiedenheiten immer beizubehalten; sie werden aber reinen Befehle nicht gehorchen. Die Bedeutung des Reiches bestehe darin, daß es in den großen nationalen Fragen geeint zur Regierung stehe, so daß diese es nicht mehr nötig habe, sich die Zentrumsbünde durch Konfessionen zu erkauften. Im Ausblick auf die Zukunft stellte der Redner fest, daß der Reichstag nicht nur ein Gesetzgebendes Organ sein, sondern auch ein gesetzgebendes Organ sein müsse. Die Bedeutung des Reiches bestehe darin, daß es in den großen nationalen Fragen geeint zur Regierung stehe, so daß diese es nicht mehr nötig habe, sich die Zentrumsbünde durch Konfessionen zu erkauften. Im Ausblick auf die Zukunft stellte der Redner fest, daß der Reichstag nicht nur ein Gesetzgebendes Organ sein, sondern auch ein gesetzgebendes Organ sein müsse. Die Bedeutung des Reiches bestehe darin, daß es in den großen nationalen Fragen geeint zur Regierung stehe, so daß diese es nicht mehr nötig habe, sich die Zentrumsbünde durch Konfessionen zu erkauften.

Graf Wolodostsky.

Daß die Stellung des Staatsverträtis Grafen Wolodostsky erklärt ist, bezeugt eine Berliner Korrespondenz der „Kreuzzeitung“, als unrichtig. Er sei allerdings so, daß Graf Wolodostsky über die eventuelle Reichsänderung nicht nachdacht habe als der Reichskanzler. Das sei jedoch für den Fürsten Bismarck schon von vornherein kein Grund gewesen, auf die bewährten Dienste des Staatsverträtis zu verzichten. „Graf Wolodostsky aber sühnte sich in der prinzipiellen Auffassung der nächsten sozialpolitischen Aufgaben vollkommen einig mit dem Reichskanzler. Darin, daß auch in neuen Reichsämtern die sozialpolitische Gesetzmäßigkeit eine Wechsellagerung zwischen dem Programm der Regierung entwerfen würde, waren Fürst Bismarck und Graf Wolodostsky ein und derselben Ansicht. In der letzten Ministerversammlung ist die Lebererklärung der beiden Minister auch äußerlich zum Ausdruck gekommen. Sie hat jedenfalls das ausgefallen, was überhaupt noch ausgefallen war.“

Die Reform der Börsenkassen.

Die Meldung, daß in Sachen der Reform des Börsengesetzes der Reichskanzler sich besonnen werden solle, entspricht nach offizieller Auskunft den Tatsachen nicht. Was den Inhalt der Novelle zum Börsengesetz anlangt, so wird der Inhalt der Novelle weiter sein, als der vor, den die Reichskasse bereits einmal unterbreitete Vorlage hatte. Ganz ebenso wird es sich in dieser Novelle das Verbot des Termbandels in Getreide und Weizenabstrafen voll anstreifen erhalten werden soll. Unzweifelnd wird also auch der Resolution entprochen werden, die der Reichs-

Landwirtschaftler über die Reform des Börsengesetzes gefaßt hat. Ebenso dürfte dieser Resolution nach der Richtung Rechnung getragen werden, daß für die Erreichung der Ziele verfolgt wird, die mit der Einführung des Börsenregisters verfolgt werden. Wohl aber wird es Gegenstand weiterer Erwägungen sein, ob und welche die jetzige Form des Börsenregisters beizubehalten oder ob dafür ein Ersatz zu schaffen sein möchte.

Der Kampf der Liberalen gegen Studt.

Die gesamte rheinisch-westfälische liberale Presse fordert eine mütig und energisch den Rücktritt des Ministers Studt. Die Empörung über das Studtische System hat sich nach der Minderheit der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ zu deutlich offenbart, um noch länger ignoriert werden zu können. Die „Bonner Btg.“ erklärt, der König sowie Bismarck könnten sich nicht die Durchföhrung ihrer Bestrebungen durch den rechtsführenden Kultusminister gefallen lassen. Die Schulpolitik Studts bedrohe der Reich. Die „Frankfurter Zeitung“ erklärt, eine Veränderung der Mehrheitsverhältnisse im Abgeordnetenhaus sei allerdings die politische Aufgabe der nächsten Zeit.

Vollzüge.

— Als militärischer Scherzstücker für Deutschland bei der Gagner Konferenz ist Generalmajor v. Gündell in Aussicht genommen.

Parlamentarisches.

— Im Abgeordnetenhaus brachten die Konserverativen eine Interpellation wegen der hohen Rohlenpreise ein.
— Die freimütige Linke beantragt im Reichstage die Ausdehnung der Reichsrenten, Aufsatz- und Invaliditätsgesetzgebung auf Privatbeamte.
— Die Budgetkommission des Abgeordnetenhaus beantragt zum Etat der Unterbilanz, von der Staatsregierung allfällige detaillierte Mitteilungen über die Verwendung des aus dem Reichsrenten- und Invaliditätsgesetzgesetz erhaltenen Aufschubs zu fordern. Es soll nachgewiesen werden, wie die Bewilligungen aus dem Fonds bestellen auf Zuschüsse zu den Kollegenhonoraren, auf besondere Verordnungsanlagen, auf Entschädigungen für Ausfälle an den bei der Verlegung ausgeübten Kollegenhonoraren und auf außerordentliche Remunerationen und Unterhaltungen. Man will den Fonds zunächst einmal unter Kontrolle nehmen und der Zukunft die Verwaltung entschieben.

Parteienangelegenheiten.

— Ueber die Gründung des Nationalvereins wird in München folgendes Kommuniqué abgegeben: „Eine von bayerischen Liberalen aller Parteistellungen einberufene und von zahlreichen Vertretern liberaler Organisationen überaus beachtliche Versammlung beschloß heute in München die Gründung eines Nationalvereins für das Deutsche Reich. Der Nationalverein soll in die Selbständigkeit der liberalen Parteien nicht einwirken. Der Ausschuß steht Einzelmitgliedern wie liberalen Vereinigungen jeder Art offen. Es sollen alljährlich Generaltagungen größeren Stils veranstaltet werden. Die Gründung soll sich unter bestmöglicher Zustimmung der Versammlung. Aus allen Teilen des Reiches sind vorname Sympathisierenden bedovortragender Männer eingeladen.“

Verwaltung und Reichspresse.

— Der Massenverstoß der „Genossin“ Rosa Luxemburg (das Landgericht Weimar verurteilte sie am 12. Dezember wegen Aufreizung zu Gewaltthaten) zu zwei Monaten Gefängnis kommt am 12. April vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts zur Verhandlung.
— Wegen Verleumdung des Reichskanzlers, beantragen durch einen Wahlzettel, wurde der Redakteur Born vom „Sächsischen Volksblatt“ durch die Strafkammer in Düsseldorf zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt.

Industrie und Handel.

— Der Großhandelsrat des Handelsministeriums ist in Duzburg gestorben.
— Mit Duzburg ist eine Braukauer-Gemeinschaft im März 1908 abgeschlossen.
— Der Deutsche Handelskongress tritt am 9. und 10. April in Berlin zusammen.

Volkbewegung.

— Der Zentralverband des Arbeiterverbandes für das Sächsisch-Preussische Gebiet, der seiner Sitz in München hat, hat wegen Lohnfragen die Ausprägung der Schnelverordnungen in 32 bayerischen Städten beschlossen.
— Sämtliche Zigaretten- und Zigarettenfabrikanten in Berlin, etwa 600 in 30 Betrieben, sind in den Generalstreik getreten.
— Den entlassenen Schauerleuten in Hamburg wurde am Sonnabend die erste Unterweisung aus dem Mitteln des Hafenarbeiterverbandes besetzt. — Der Hafenarbeiterverband erblut von Rotterdam die Mitteilung, daß die dortige Organisation bereit ist, die Unterleitung der Hamburger Dampfer zu verweigern, falls dies von der Hamburger Organisation gewünscht wird.

Heere und Flotte.

— Durch Kabinettsbescheid ist bestimmt worden, daß die desjährigen Kaisermandover in der zweiten Septemberwoche stattfinden und auf je 4 Divisionen gebracht werden VII. (westfälischen) und X. (hannoverschen) Korps unweit Münster stattfinden sollen.

Kolonien.

— Die Sommertagung des Deutschen Kolonialgesellschafts hat am 22. und 23. März in Duzburg statt.
— Zu der Wüste des Reichslands an Vriesen des Generalrats zum 1. März, Tag ergebnis dem im Reichsland gemachten Ausführungen, wonach es sich lediglich um Abfragen der Vertriebenen handelt, mitgeteilt, daß gegen den Tat beschuldigten Registrator Oscar Janke Kassebehl erlassen ist, weil er bedingungslos verurteilt ist, sich einen Teil der Vertriebenen mittels Erwerbens eines Reichslandbesitzes anzuwerben zu haben.

